A.ZI.: 004 - 1/22 - 2018/8 Ri

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des **Gemeinderates**
am **Mittwoch, 12. Dezember 2018** um 18.00 Uhr, in der Musikschule Großbraming,
abgehalten unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Leopold Bürscher**.

Anwesende:

1. Bürgermeister	Leopold Bürscher	ÖVP
2. Vizebürgermeister	Leopold Ahrer	ÖVP
3. Gemeindevorstand	Jürgen W. Leppen	ÖVP
4. Gemeindevorstand	Helmut Elsigan	SPÖ
5. Gemeindevorstand	Bernhard Maier	SPÖ
6. Gemeindevorstand	Mag. Christian Zickbauer	UBL
7. Gemeindevorstand	Bernhard Aschauer	ÖVP
8. Gemeinderat	Günter Großauer	ÖVP
9. Gemeinderat	Harald Ahrer	ÖVP
10. Gemeinderat	Georg Guttmann	ÖVP
11. Gemeinderat	Hildegard Höretzauer	ÖVP
12. Gemeinderat	Wolfgang Garstenauer	ÖVP
13. Gemeinderat	Elfriede Nagler	ÖVP
14. Gemeinderat	Reinhard Salcher	SPÖ
15. Gemeinderat	Gerhard Scharnreithner	SPÖ
16. Gemeinderat	Helmut Aigner	SPÖ
17. Gemeinderat	Karin Katzensteiner-Tremel	SPÖ
18. Gemeinderat	Mag. Hemma Hammann	UBL
19. Gemeinderat	Günter Ebmer	UBL
20. Gemeinderat-Ersatz	Susanne Großauer	ÖVP
21. Gemeinderat-Ersatz	Simon Steindl	ÖVP
22. Gemeinderat-Ersatz	Alois Gruber	ÖVP
23. Gemeinderat-Ersatz	Kopf Berthold	ÖVP
24. Gemeinderat-Ersatz	Martin Hess	SPÖ
25. Gemeinderat-Ersatz	Markus Bernreitner (ab 18.20 Uhr)	SPÖ

Entschuldigt fehlen:	GR Verena Gsöllpointner	ÖVP
	GR Martin Kopf	ÖVP
	GR Manfred Mair	ÖVP
	GR Rudolf Garstenauer	ÖVP
	GR Sylvia Losbichler	SPÖ
	GR Andreas Kraync	SPÖ
	GR-Ersatz Gerhard Aschauer	ÖVP
	GR-Ersatz Gerald Sattler	ÖVP
	GR-Ersatz Ing. Michael Aigner	ÖVP
	GR-Ersatz Thomas Kerschbaumsteiner	ÖVP
	GR-Ersatz Thomas Einzenberger	ÖVP
	GR-Ersatz Helmut Huber	SPÖ

Bürgermeister Leopold Bürscher stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, die Verständigungsnachweise liegen auf,
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 05. Dezember 2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Kundmachung der Sitzung gemäß § 53 Abs. 4 der OÖ. GemO 1990 erfolgt ist,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 07. November 2018 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können,
- e) und eröffnet die Sitzung.

Zur Schriftführern wird Al. Hermine Riegler bestellt. Anwesend ist auch Kassenführerin Renate Lumplecker.

Bürgermeister Leopold Bürscher trägt seinen Antrag auf Aufnahme folgender Angelegenheiten als Dringlichkeitspunkte in die Tagesordnung der heutigen Sitzung vor:

- Nachtragsvoranschlag 2018, Prüfbericht
- Schließung Bahnhaltestelle Kraftwerk Großraming
- Grundstück Lehnertsiedlung, Zustimmung und Verzicht auf das Wiederkaufsrecht

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme.

Tagesordnung:

1. Hundeabgabe-Verordnung
2. Festsetzung der Hebesätze, Gebühren und Abgaben für das Finanzjahr 2019
3. A) Festsetzung des Voranschlages 2019
B) Mittelfristiger Finanzplan
C) Kassenkredit
4. Reisinger GesmbH, Abtretungsvertrag für öffentliches Gut

5. Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 53 „Garstenauer“, Einleitung des Verfahrens
6. Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 51 „Brenn“, Einleitung des Verfahrens
7. Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 54 „Floßanlegestelle Dirninger“, Einleitung des Verfahrens
8. Güterweg Höslbauerngut, Zufahrt Krendl/Aspalter, Katasterschlussvermessung, Beschluss
9. OÖ Raumordnungsprogramm 2020, Zuordnung der Gemeinde zu Kooperationsraum
10. Nachtragsvoranschlag 2018, Prüfbericht
11. Schließung Bahnhaltestelle Kraftwerk Großraming
12. Grundstück Lehnertsiedlung, Zustimmung und Verzicht auf das Wiederkaufsrecht
13. Allfälliges

TOP 1) Hundeabgabe-Verordnung

Der Bürgermeister berichtet, dass bislang die Hundeabgabe in den Gemeinden mittels Hebesatz festgelegt wurde. Da insbesondere Abgangsgemeinden vom Land OÖ darauf aufmerksam gemacht wurden, dass als Rechtsgrundlage zur Einhebung der Hundeabgabe eine Hundeabgabeverordnung erlassen werden muss, hat der Gemeindebund für alle oberösterreichischen Gemeinden eine Muster-Hundeabgabe-Verordnung ausgearbeitet und empfiehlt allen Gemeinde eine solche Verordnung zu erlassen. An der Höhe der Abgabe ändert sich durch die Verordnung nichts. Er trägt die Hundeabgabeordnung vollinhaltlich vor:

VERORDNUNG des Gemeinderates der Gemeinde Großraming vom 12. Dezember 2018 mit der eine **Hundeabgabeordnung** erlassen wird.

Aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes 2017, BGBl. I Nr. 116/2016, und des § 10 des Oö. Hundehaltegesetzes 2002, LGBl. Nr. 147/2002, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 113/2015, wird verordnet:

§ 1 - Begriffsbestimmung

(1) Für das Halten von mehr als zwölf Wochen alten Hunden, einschließlich von Wachhunden und Hunden, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind, im Gemeindegebiet von Großraming wird eine Hundeabgabe eingehoben. Als Hundehalterin/Hundehalter gilt die Person, die im eigenen Namen darüber zu entscheiden hat, wie der Hund zu verwahren oder zu beaufsichtigen ist.

(2) Wachhunde sind Hunde, die zur Bewachung von landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben gehalten werden und hierfür geeignet sind. Diensthunde der Berufsjäger gelten als Hunde, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind, soweit sie nicht unter § 2 Abs. 1 fallen.

§ 2 - Befreiungen

(1) Der Hundeabgabe unterliegt nicht das Halten von

1. Diensthunden öffentlicher Wachen sowie von Hunden, welche zur Erfüllung sonstiger öffentlicher Aufgaben notwendig sind,
2. speziell ausgebildeten Hunden, die zur Führung blinder oder zum Schutz hilfloser Personen notwendig sind oder die nachweislich zur Kompensierung einer Behinderung des Halters oder der Halterin dienen oder auf deren Hilfe der Halter oder die Halterin zu therapeutischen Zwecken angewiesen ist,

3. Hunden durch konzessionierte Bewachungsunternehmen,
 4. Hunden in behördlich bewilligten Tierheimen,
 5. Hunden von Jagdhütern/Berufsjägern, wenn von der Behörde bestellt und angelobt (da öffentliche Wache)
 6. Hund mit abgelegter Brauchbarkeitsprüfung (§ 58 OÖ Jagdgesetz).
- (2) Die Gemeinde Großraming kann für die von der Hundeabgabe befreiten Hunde von der Hundehalterin/dem Hundehalter entsprechende Nachweise für deren Verwendung nach Abs. 1 verlangen.

§ 3 - An- und Abmeldepflicht

- (1) Eine Person, die in Großraming ihren Hauptwohnsitz hat und einen über zwölf Wochen alten Hund hält, hat dies dem Gemeindeamt binnen drei Tagen zu melden.
- (2) Die Hundehalterin/der Hundehalter hat die Beendigung des Haltens eines Hundes unter Angabe des Endigungsgrundes und unter Bekanntgabe einer/s allfälligen neuen Hundehalterin/neuen Hundehalter innerhalb von einer Woche dem Gemeindeamt zu melden.

§ 4 - Gegenstand der Abgabe

Für das Halten von Hunden einschließlich von Wachhunden und Hunden, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbs notwendig sind, wird eine Hundeabgabe eingehoben.

§ 5 - Höhe der Abgabe

Die Hundeabgabe wird für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) erhoben und beträgt

- a) für Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind, je Hund € 20,00
- b) für jeden sonstigen Hund, je Hund € 30,00

§ 6 - Abgabepflichtiger

Abgabepflichtiger ist die Hundehalterin/der Hundehalter.

§ 7 - Entrichtung der Abgabe

- a) Die Hundeabgabe ist erstmals binnen zwei Wochen nach der Meldung gemäß § 2 Abs. 1 des Oö. Hundehaltegesetzes 2002 und in der Folge jährlich bis zum 31. März zu entrichten.
- b) Die Hundeabgabe ist für jeden Hund im vollen Jahresbetrag zu entrichten. Dies gilt auch dann, wenn die Haltereigenschaft nicht das ganze Haushaltsjahr besteht.
- c) Die Abgabepflicht vermindert sich um jene Beträge, die im jeweiligen Haushaltsjahr
 1. von wem auch immer für den selben Hund oder
 2. vom selben Halter oder derselben Halterin für einen anderen, mittlerweile verendeten oder sonst weitergegebenen Hund in einer oberösterreichischen Gemeinde entrichtet wurden.

§ 8 - Schlussbestimmungen

- (1) Im Übrigen sind bei der Einhebung der Hundeabgabe die Bestimmungen des Oö. Hundehaltegesetzes 2002 anzuwenden.
- (2) Für das Verfahren sind die Bestimmungen der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch Bundesgesetz BGBl. I Nr. 3/2018, anzuwenden.

§ 9 - Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

GV Bernhard Aschauer stellt den Antrag, die Hundeabgabeordnung wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 2) Festsetzung der Hebesätze, Gebühren und Abgaben für das Finanzjahr 2019

Bericht des Bürgermeisters:

A) Wassergebühren

Laut Voranschlagserslass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 15. November 2018, IKD-2018-420530/13-Pra sind die Gebühren wie folgt zu erhöhen:

	Mindest-Anschlussgebühr	Fläche	Gebühr / m ²	Erh.in %
	1.899,00	150	12,66	
Gebühr 2016	1.922,00	150	12,81	101,21%
Gebühr 2017	1.934,00	150	12,89	100,62%
Gebühr 2018	1.972,00	150	13,15	101,96%
Gebühr 2019	2.014,00	150	13,43	102,13%
	Benützungsgebühr	Erh. in %		
Gebühr 2015	Mindestgeb. € 1,44 + 0,18 = 1,62			
Gebühr 2016	Mindestgeb. € 1,47 + 0,20 = 1,67	103,09%		
Empfehlung UmweltA	Mindestgeb. € 1,47 + 0,18 = 1,65	101,85%		
Gebühr 2017	Mindestgeb. € 1,50 + 0,18 = 1,68	101,82%		
Gebühr 2018	Mindestgeb. € 1,53 + 0,18 = 1,71	101,79%		
Gebühr 2019	Mindestgeb. € 1,56 + 0,18 = 1,74	101,75%		
Gebühr je Person/Jahr		50 m³	€ 87,00	
Bereitstellungsgebühr	2018	2017	2019	2,13%
bis 1.000 m ²	47,95	95,90	48,97	
von 1.001 bis 2.000 m ²	96,20	192,40	98,25	
von 2.001 bis 3.000 m ²	143,90	287,80	146,96	
von 3.001 bis 4.000 m ²	191,15	382,30	195,22	
von 4.001 bis 5.000 m ²	239,15	478,30	244,24	
über 5.000 m ²	287,10	574,20	293,21	

Grundgebühr je Haushalt: €8,00 netto jährlich

B) Kanalgebühren

Laut Voranschlagserslass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 15. November 2018, IKD-2018-420530/13-Pra sind die Gebühren wie folgt zu erhöhen:

	Mindest-Anschlussgebühr	Fläche	Gebühr / m ²	
Gebühr 2014	3.115,00	150	20,77	
Gebühr 2015	3.169,00	150	21,13	101,73%
Gebühr 2016	3.207,00	150	21,38	101,20%
Gebühr 2017	3.226,00	150	21,51	100,59%
Gebühr 2018	3.290,00	150	21,93	101,98%
Gebühr 2019	3.359,00	150	22,39	102,10%
	Benützungsg Gebühr		m ² /Person	
Gebühr 2014	3,67		50	183,50
Gebühr 2015	Mindestgeb. € 3,54 + 0,16 = 3,70	100,82%	50	185,00
Gebühr 2016	Mindestgeb. € 3,61 + 0,20 = 3,81	102,97%	50	190,50
Empfehlung Umwelta	Mindestgeb. € 3,61 + 0,16 = 3,77	101,89%	50	188,50
Gebühr 2017	Mindestgeb. € 3,68 + 0,16 = 3,84	101,86%	50	192,00
Gebühr 2018	Mindestgeb. € 3,75 + 0,16 = 3,91	101,82%	50	195,50
Gebühr 2019	Mindestgeb. € 3,83 + 0,16 = 3,99	102,05%	50	199,50
Gebühr je Person:				
Bereitstellungsgebühr	2018	2017	2019	2,10%
bis 1.000 m ²	110,45	220,90	112,77	
von 1.001 bis 2.000 m ²	221,40	442,80	226,04	
von 2.001 bis 3.000 m ²	332,40	664,80	339,37	
von 3.001 bis 4.000 m ²	442,85	885,70	452,14	
von 4.001 bis 5.000 m ²	553,30	1.106,60	564,90	
über 5.000 m ²	664,25	1.328,50	678,18	
Sonstiges	2018		2019	2,10%
Zuschl f. weitere Einm.Stell	1.320,70		1.348,40	
Abl. v. Niederschlagswäs	355,50		362,96	
Senkgrubeninhalte	3,91		3,99	
Schlamm Kleinkläranlage	17,10		17,46	

Grundgebühr je Haushalt: € 14,00 netto jährlich

C) Abfallgebühren

Der Umweltausschuss empfiehlt die Erhöhung der Gefäßgebühren um 1,5 %, bei den Grundgebühren ist keine Erhöhung vorgesehen.

Abfallgebühr	jährlich:	
Abfalltonne 60 l, monatliche Entleerung	Euro 57,58	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfalltonne 90 l, monatliche Entleerung	Euro 86,38	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfalltonne 120 l, monatliche Entleerung	Euro 115,16	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfalltonne 240 l, monatliche Entleerung	Euro 230,33	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfallcontainer 660 l, monatliche Entleerung	Euro 633,42	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfallcontainer 1.100 l, monatliche Entleerung	Euro 1.055,69	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfallsäcke 12 Stück à 60 l (Mehrpers.Haush.)	Euro 57,58	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfallsäcke 9 Stück à 60 l (Einpers.Haushalt)	Euro 43,19	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfall-Grundgebühr für Einpers.Haushalt und nicht ständig bewohnte Objekte (Ferienwohnungen)	Euro 38,00	zuzügl. 10 % MWSt.
Abfall-Grundgebühr für MPH und Betriebe	Euro 44,00	zuzügl. 10 % MWSt.
	pro Stück:	
Zusätzlicher Abfallsack 60 Liter Fassungsraum	Euro 4,80	zuzügl. 10 % MWSt.

D) Schülerspeisung

Der Ausspeisungsbeitrag beträgt seit 01.10.2016:		Neu ab 1.1.2019:
Kindergartenkinder:	€ 2,30	€ 2,40
Schüler:	€ 2,90	€ 3,00
Lehrer und Kiga-Personal:	€ 3,60	€ 4,00

GR-Beschluss vom 8.3.2018:

Für Volksschulkinder aus Familien deren monatliches Einkommen unter der Grenze für die Einkaufsberechtigung für den Sozialmarkt liegt, soll der Elternbeitrag für das Mittagessen an den Tagen, an denen diese Kinder die Nachmittagsbetreuung der Volksschule besuchen, erlassen werden.

Schülerspeisung Teilnehmer 2018/2019: (VS, HS, Poly, Kindergarten, Nachmittagsbetreuung)

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Teilnehmer	139	132	143	121	96

E) Camping – Tarife

Keine Änderung – wurden zuletzt 2018 erhöht.

F) Sonstige Gebühren und Tarife

Hundeabgabe: seit 2018 € 30,00

Wachhunde, Diensthunde der Berufsjäger, € 20,00

Essen auf Räder, keine Änderung, € 6,80/5,90

Kindergartentransport: 15 € monatlich

Der Umweltausschuss hat sich am 28.11.2018 mit den Abfallgebühren, Wasseranschluss- und Wasserbenutzungsgebühren, sowie mit den Kanalanschluss- und Kanalbenutzungsgebühren beschäftigt. Er empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Gebührenanpassungen vorzunehmen.

Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeinderat, aufgrund seines einstimmigen Beschlusses vom 03.12.2018, die Gebührenanpassungen vorzunehmen.

Der Bürgermeister trägt die Kundmachung der Hebesätze, Gebühren und Abgaben vollinhaltlich vor.

GR Günter Ebmer stellt den Antrag, die Festsetzung der Hebesätze, Gebühren und Abgaben für das Finanzjahr 2019 wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme.

Die Kundmachung der Hebesätze, Gebühren und Abgaben für das Finanzjahr 2019 bildet einen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 3) A) Festsetzung des Voranschlages 2019

Bericht des Bürgermeisters:

Der Entwurf des Voranschlags für das Finanzjahr 2019 kann im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen Haushalt wie folgt ausgeglichen erstellt werden:

Ordentlicher Haushalt:

	Einnahmen	Ausgaben
Vertretungskörper u. Allg. Verwaltung	82.000,00	654.100,00
Öffentl. Ordnung u. Sicherheit	100,00	93.100,00
Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	331.300,00	895.800,00
Kunst, Kultur u. Kultus	4.000,00	52.600,00
Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförderung	23.000,00	817.800,00
Gesundheit	18.100,00	685.500,00
Straßen- u. Wasserbau, Verkehr	189.000,00	444.200,00
Wirtschaftsförderung	300,00	29.900,00
Dienstleistungen	1.104.300,00	1.117.900,00
Finanzwirtschaft	3.387.700,00	348.900,00
Summe	5.139.800,00	5.139.800,00

Außerordentlicher Haushalt:

Projekt	Einnahmen	Ausgaben
Freiwillige Feuerwehren Ersatzbekleidung	3.600,00	3.600,00
Neue Mittelschule Dachsanierung	109.000,00	109.000,00
Straßen- und Wegebaumaßnahmen 2017-2018	105.000,00	105.000,00
Güterweg Instandsetzung Hirner-Nagler	100.000,00	100.000,00
Ankauf Bauhof Traktor Fendt 209 VF	2.600,00	2.600,00
Wohnhaussanierung FF Großraming	9.000,00	9.000,00
Zwischenfinanzierung NMS Dach	109.000,00	109.000,00
Ersatzbeschaffung RLFA 4000	325.000,00	325.000,00
Spiel- und Sportanlage Pechgraben	147.600,00	147.600,00
Summe	910.800,00	910.800,00

Bei der im Sinne des § 76 Abs. 2 der OÖ. Gemeindeordnung 1990 zweiwöchentlichen Auflage des Voranschlagsentwurfes, worüber die Kundmachung vorliegt, wurden gegen denselben keine Einwendungen eingebracht.

Der Gemeinderat hat den Gemeindevoranschlag in allen Ansätzen und die sonstigen, gemäß § 74 Abs. 3 und 4 der OÖ. Gemeindeordnung 1990 erstellten Voranschläge einer Prüfung unterzogen und es werden als Ergebnis dieser Prüfung die vom Bürgermeister beantragten Voranschlagsätze unverändert aufgenommen.

Die Hebesätze, Gebühren und Abgaben für das Finanzjahr 2019 wurden unter TOP 2) festgesetzt und beschlossen und werden im Sinne des des § 76 Abs. 5 der OÖ Gemeindeordnung 1990 kundgemacht.

Der Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat am 22. September 2016 beschlossen. Die Kundmachung der Verordnung und die Verordnungsprüfung des Amtes der OÖ Landesregierung vom 3. November 2016 liegen dem Voranschlag bei. Im Jahr 2018 hat es keine Änderung gegeben. Der Dienstpostenplan ist daher weiterhin gültig.

Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der im Finanzjahr 2019 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden kann, wird mit

€ 1.125.000,00 festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind € 0,-- Kassenkredite enthalten, die aufgrund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.

Bgm. Leopold Bürscher verweist auf die ausführliche Beratung des Voranschlags in der Budgetbesprechung und in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 3. Dezember 2018.

Die Sozialhilfeverbandsumlage 2019 beträgt € 752.700,00 und steigt damit um € 53.100,00 gegenüber 2018. Der Rettungsbeitrag beträgt € 23.000,00. Der Krankenanstaltenbeitrag 2019 beträgt € 633.400,00. Das sind um € 40.300,00 mehr als 2018. Hier kann mit allerdings mit einer Rückzahlung von € 16.900,00 gerechnet werden. Für den Nah- und Regionalverkehr sind € 14.900,00 veranschlagt. Die Kommunalsteuer wurde mit € 500.000,00 veranschlagt. Das ist deutlich unter dem Ergebnis 2017 und Voranschlag 2018, weil die Einnahmen aus der Kommunalsteuer leicht rückläufig sind. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen werden mit Mehreinnahmen von ca. € 100.000,00 prognostiziert, heben sich aber mit den deutlich höheren Pflichtausgaben wieder auf. Die Einnahmen aus dem Strukturfonds betragen im Jahr 2019 € 207.600,00.

Rücklagen wurden für die Schulsanierung NMS in der Höhe von € 60.500,00 gebildet und für die Ausrüstung des RLFA der FF Großraming € 25.000,00.

GV Jürgen Leppen merkt an, dass der Voranschlag in der Budgetklausur ausführlich besprochen wurde. Er stellt den Antrag, den Voranschlag für das Jahr 2018 wir vorgetragen zu beschließen.

GV Mag. Christian Zickbauer gibt bekannt, dass er dem Voranschlag nicht zustimmen kann, weil er sich mehr Mittel etwa für Spielplätze, Radwege oder verkehrsberuhigende Konzepte gewünscht hätte. Er kritisiert, wie seitens des Landes OÖ mit den Gemeinden umgegangen wird. Die Wirtschaft floriert, der Finanzminister lukriert Mehreinnahmen, gleichzeitig werden die Gemeinden drangsaliert, wie beispielsweise mit der überfallsartigen Einführung der Kindergarten-Nachmittagsgebühren, der stetigen Erhöhung der SHV-Umlage uvm. Er schlägt vor, dass Bürgermeister gemeinsam dagegen auftreten sollten.

Abstimmung durch Erheben der Hand

Ergebnis:

Dafür: Bgm. Leopold Bürscher, Vzbgm. Leopold Ahrer, GV Jürgen W. Leppen, GV Bernhard Aschauer, GV Helmut Elsigan, GV Bernhard Maier, Günter Großbauer, Harald Ahrer, Georg Guttmann, Hildegard Höretzauer, Wolfgang Garstenauer, Elfriede Nagler, Reinhard Salcher, Gerhard Scharnreithner, Helmut Aigner, Karin Katzensteiner-Treml, Günter Ebmer, Susanne Großbauer, Simon Steindl, Alois Gruber, Kopf Berthold, Martin Hess.

Stimmenthaltung: Mag. Hemma Hammann.

Dagegen: Mag. Christian Zickbauer.

GR-Ersatz Markus Bernreitner erscheint um 18.20 Uhr.

TOP 3) **B) Mittelfristiger Finanzplan**

Der Bürgermeister berichtet, dass im „Mittelfristigen Finanzplan“ außerordentliche Vorhaben im nächsten Finanzjahr nur in dem Ausmaß berücksichtigt werden dürfen, als dafür auch die

Finanzierung gesichert ist. Der MFP stellt Kosten und Finanzierung der Vorhaben, sowie die freie Budgetspitze der Jahre 2019 – 2023 dar. Neue Projekte wurden in den MFP nicht aufgenommen.

Mittelfristiger Finanzplan:

	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Einnahmen der lfd. Gebarung	4.908.400	4.951.500	5.045.600	5.171.100	5.230.400
- Ausgaben der lfd. Gebarung	4.317.000	4.316.600	4.382.400	4.467.100	4.537.600
= Ergebnis der lfd. Gebarung	591.400	634.900	663.200	704.000	692.800
- Tilgungen (Posten 340-346, OH)	487.400	485.900	434.400	411.700	379.200
+ Tilgungszuschüsse (Posten 8702, OH)	121.200	113.300	107.400	101.800	97.800
- Interessentenbeiträge/Anschlussgeb.	23.400	19.500	16.500	15.500	15.500
- Sonstige einmalige Einnahmen	-	-	-	-	-
+ Sonstige einmalige Ausgaben	-	-	-	-	-
freie Budgetspitze	201.800	242.800	319.700	378.600	395.900

Ebenso wird gemeinsam mit dem Budgetvoranschlag, die erwartete Entwicklung des Maastricht-Ergebnisses der Jahre 2019 – 2023 dargestellt.

Maastricht-Ergebnis:

	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Einnahmen der lfd. Gebarung	3.977.100	4.020.100	4.107.000	4.224.400	4.330.300
- Ausgaben der lfd. Gebarung	3.828.700	3.828.600	3.898.600	3.982.400	4.057.300
= Saldo 1: lfd. Gebarung	148.400	191.500	208.400	242.000	273.000
Einnahmen d. Verm.geb. ohne Finanztrans.	613.600	111.700	1.100	1.100	1.100
- Ausgaben d. Verm.geb. ohne Finanztrans.	773.500	14.100	10.500	10.500	10.500
= Saldo 2: Vermögensgeb. ohne Finanz	-159.900	97.600	- 9.400	- 9.400	-9.400
+ Saldo Finanztransaktionen v. Betrieben	218.300	217.500	256.300	260.900	214.500
MAASTRICHT - ERGEBNIS	206.800	506.600	455.300	493.500	478.100

GV Jürgen Leppen stellt den Antrag, den mittelfristigen Finanzplan und das Maastricht-Ergebnis 2019 bis 2023 wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 3) **C) Kassenkredit**

Der Bürgermeister berichtet, dass drei Banken zur Anbotlegung für den Kassenkredit 2019 eingeladen wurden:

Basis: 3-Monats Euribor: Wert 26.11.2018: - 0,316 %-Punkte
Basis: 6-Monats-Euribor: Wert 26.11.2018: - 0,256 %-Punkte
Kredithöhe: max. € 1.125.000,00

Ergebnis der Ausschreibung:

Bank	Basis	Aufschlag	Verzinsung	Anmerkung
BAWAG-PSK Wien	3-M-Euribor			Kein Angebot eingelangt
BAWAG-PSK Wien	6-M-Euribor			Kein Angebot eingelangt
Allgemeine Sparkasse OÖ	3-M-Euribor	0,76%-Punkte	0,76%	
Allgemeine Sparkasse OÖ	6-M-Euribor	0,70%-Punkte	0,70%	
Raiffeisenbank Ennstal	3-M-Euribor	0,5%-Punkte	0,50%	Rahmenprovision 0,045% p.a. Kontoführung vierteljährlich: € 23,82
Raiffeisenbank Ennstal	6-M-Euribor	0,5%-Punkte	0,50%	Rahmenprovision 0,045% p.a. Kontoführung vierteljährlich: € 23,82

GV Jürgen Leppen stellt den Antrag, den Kassenkreditvertrag für das Jahr 2019 bei der Raiffeisenbank Ennstal abzuschließen und den 3-Monats-Euribor zugrunde zu legen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 4) Reisinger GesmbH, Abtretungsvertrag für öffentliches Gut

Bericht des Bürgermeisters:

In der Sitzung des Gemeinderates am 3. Mai 2018 hat der Gemeinderat den Vermessungsplan GZ 80017 sowie die grundbücherliche Durchführung nach § 15 LiegTeilG beschlossen. Darin enthalten war auch die kostenlose Abtretung von 12 m² öffentliches Gut an die Firma Reisinger. Von Herrn Dr. Christoph Grumböck, Notariat Mag. Markus Stögner, wurde ein Abtretungsvertrag vorgelegt, der vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Dieser Vertrag ist erforderlich, damit die Eintragungen in das Grundbuch vorgenommen werden können. Er trägt den Abtretungsvertrag zwischen der Gemeinde und der Fa. Reisinger Gesellschaft m.b.H vollinhaltlich vor.

Er merkt noch an, dass im Grundstück der Fa. Reisinger ein alter Regenwasserkanal der Gemeinde liegt. Die Fa. Reisinger hat sich in einer Vereinbarung vom 9.7.2018 ausdrücklich mit dem Bestand des Regenwasserkanales sowie mit allen Arbeiten im Zusammenhang mit der Wartung und Instandhaltung der Anlage auf ihrem Grundstück, einverstanden erklärt.

GR Georg Guttmann stellt den Antrag, den Abtretungsvertrag wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme

Der Abtretungsvertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 5) Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 53 „Garstenauer“, Einleitung des Verfahrens

Bericht des Bürgermeisters:

Die Grundeigentümer Friedrich und Brigitte Garstenauer, Lumpelgraben 128, beabsichtigen die Errichtung eines Carports bzw. einer Garage auf ihrem nördlich angrenzenden Grundstück. Auf dieser Fläche befindet sich die Zufahrt zum Wohnhaus inklusive Brücke über den Lumpelgrabenbach. Die bereits mit einem Wohngebäude bebaute südliche EZ-Teilfläche weist insbesondere aufgrund der topographischen Situation und der ausgewiesenen Gefahrenzonen kaum zusätzliche Bebauungsmöglichkeiten auf.

Um den Eigentümern die Errichtung eines Carports bzw. einer Garage zu ermöglichen, soll auf der nördlichen EZ-Teilfläche ein Teilbereich als Verkehrsflächen / Ruhender Verkehr – Parkplatz P2 „Errichtung von Garagen und Carports“ erfolgen.

Beim bebauten Grundstück ist eine südwestliche Teilfläche derzeit nicht als ‚Bestehendes Wohngebäude im Grünland Nr. 139‘ gewidmet. Es soll daher eine Korrekturänderung in Anpassung der Widmungsfläche an die Grundbesitzverhältnisse durchgeführt werden.

+139 Bestehendes Wohngebäude im Grünland (Fläche)

Nummer:	139
Fläche in m ² :	844 m ²
Hausnummer:	Lumpelgraben 128
Grundstücksnummer:	.275, 141/2, 143/3
Katastralgemeinde:	49313 Lumpelgraben

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes steht nicht im Widerspruch zu den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1 und stimmt mit den Planungszielen und öffentlichen Interessen der Gemeinde überein. Interessen Dritter werden nicht verletzt.

GR-Ersatz Simon Steindl stellt den Antrag, die Einleitung des Verfahrens für den Flächenwidmungsplan Nr. 3/2005, Änderung Nr. 53 laut Plan der TOPOS III Stadt- und Raumplanung, 4020 Linz, Landstraße 85 mit Datum vom 29.11.2018 und das dazugehörige Erhebungsblatt zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 6) Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 51 „Brenn“, Einleitung des Verfahrens

Bericht des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 27.09.2018 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3/2005, Änderung Nr. 51 „Brenn“, beschlossen. Laut Auskunft der Antragsteller Johann und Maria Brenn ist nun eine geringfügige Erweiterung des Planungsraumes für die Errichtung der Garage notwendig. Am 10. Dezember fand die Vermessung am gegenständlichen Grundstück statt. Die Widmungsfläche soll auf Grundlage der Vermessung angepasst werden. Lt. Vermessungsplan sind das 310 m². Die Widmungsfestlegung bleibt unverändert und lautet: Wohngebiet mit einer Schutz- oder Pufferzone im Bauland, SP 1: „Errichtung von Hauptgebäuden unzulässig“.

GR Harald Ahrer stellt den Antrag, die Einleitung des Verfahrens für den Flächenwidmungsplan Nr. 3/2005, Änderung Nr. 51 laut dem vorliegenden und korrigierten Plan der TOPOS III

Stadt- und Raumplanung, 4020 Linz, Landstraße 85 und das dazugehörige Erhebungsblatt beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 7) Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 54 „Floßanlegestelle Dirninger“, Einleitung des Verfahrens

Der Bürgermeister berichtet:

Auf Antrag von Frau DI Annemarie Dirninger, Floß & Co, St. Gallen, soll die derzeitige Widmungsfestlegung im Bereich der Floßanlegestelle an der B 115 - erweitert werden. Es ist eine Attraktivierung des touristischen Angebotes durch Grillmöglichkeiten auf den Flößen und Ausschank von Getränken auf der Terrasse geplant. Die hierfür erforderlichen Einrichtungen einer Vorbereitungsküche und Ausschank sind in der derzeit rechtswirksamen Widmung nicht zulässig.

Um die Angebotserweiterung zu ermöglichen, wird die textliche Festlegung der rechtswirksamen Widmung Grünland / Erholungsflächen / Spiel- und Sportfläche, Floßanlegestelle um die Zulässigkeit von einer Vorbereitungsküche und Ausschank in Lagergebäuden ergänzt:

„Die Errichtung von Gebäuden ist unzulässig, ausgenommen Toilettenanlagen, Unterstände sowie Lagergebäude inklusive **Vorbereitungsküche und Ausschank für die Gastgarten-nutzung**. Ein Gesamtausmaß der bebauten Fläche von 250 m² darf nicht überschritten werden. Versiegelte Flächen, einschließlich bebaute Flächen, dürfen ein Gesamtausmaß von 300 m² nicht überschreiten. Unter Versiegelung versteht man die Herstellung einer Oberflächenbefestigung mit wasserundurchlässigem Aufbau.“

Im Zuge der gegenständlichen Flächenwidmungsteiländerung ist von der Widmungsanregerin ein **Stellplatzkonzept** für die geplanten Nutzungen im Planungsraum auf Basis des § 15 Abs. 2 Oö. Bautechnikverordnung 2013 - Anzahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge - zu erbringen.

Sonstige inhaltliche Änderungen an der textlichen Festlegung sowie Änderungen an der Widmungsfläche werden nicht vorgenommen. Die gegenständliche Flächenwidmungsteiländerung stimmt mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1, entsprechend den vorausgegangenen Änderungen Nr. 3.6 und 3.20, überein.

GR Harald Ahrer stellt den Antrag, die Einleitung des Verfahrens für den Flächenwidmungsplan Nr. 3/2005, Änderung Nr. 54 laut Plan der TOPOS III Stadt- und Raumplanung, 4020 Linz, Landstraße 85 mit Datum vom 28.11.2018 und das dazugehörige Erhebungsblatt beschließen und der Widmungswerberin mitzuteilen, dass ein Stellplatzkonzept zu erbringen ist.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme

TOP 8) Güterweg Höslbauerngut, Zufahrt Krendl/Aspalter, Katasterschlussvermessung, Beschluss

Bericht des Bürgermeisters:

Der vorliegende Plan des Amtes der Oö Landesregierung, Direktion Straßenbau und Verkehr, Abteilung Geoinformation und Liegenschaft, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz vom 26.07.2018, GZ 3204-1/18, beinhaltet die Vermessung der Zufahrt Krendl/Aspalter im Pechgraben und ist Teil des Güterweg Höslbauerngut.

Der o.a. Teilungsplan weist folgende Flächenveränderungen im Bereich des öffentlichen Gutes aus:

Eigentümer	Abfall in m²	Zuwachs in m²
Krendl Werner, Pechgraben 16, 4463 Großraming	336	-
Gemeinde – öffentliches Gut	-	336
Gesamt	336	336

Für die grundbücherliche Durchführung nach den Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes gemäß §§ 15 ff soll der Gemeinderat die Zuschreibungen auf Grund des vorliegenden Vermessungsplanes vom Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Straßenbau und Verkehr, GZ 3204-1/18 vom 26.07.2018 beschließen.

Die Frage von GV Bernhard Maier, ob die Zuschreibung von 336 m² zum öffentlichen Gut kostenlos erfolgt, bejaht der Bürgermeister.

GR Harald Ahrer stellt den Antrag, den Vermessungsplan GZ 3204-1/18 und die Zuschreibung von 336 m² zum öffentlichen Gut, zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme

TOP 9) OÖ Raumordnungsprogramm 2020, Zuordnung der Gemeinde zu Kooperationsraum

Der Bürgermeister berichtet, dass in einer erweiterten Vorstandssitzung des Regionalforums Steyr-Kirchdorf am 5.11.2018 das Projekt des Landes OÖ „Kooperationsräume in der Region Steyr-Kirchdorf“ präsentiert wurde. Kooperationsräume sollen eine Plattform sein, um gemeinsam den Lebensraum zukunftsfähig zu gestalten, mit dem Ziel, die hohe Lebensqualität in der Region gemeinsam zu sichern und zu erhalten. Die Gemeinden der Bezirke Steyr-Land und Kirchdorf werden Kooperationsräumen zugeordnet. Der Kooperationsraum Ennstal umfasst alle Gemeinden zwischen Gaflenz und Ternberg. Weyer soll das Hauptzentrum des Kooperationsraumes Ennstal werden, Großraming und andere Gemeinden sind als Zentren mit Ergänzungsfunktion vorgesehen.

Er verliest den Vorschlag zur Verifizierung von Kooperationsräumen lt. Landesentwicklungsprogramm Oberösterreich.

Die Gemeinde Großraming wird dem Kooperationsraum Ennstal zugeordnet.

Das neue Landesraumordnungsprogramm ist seit 28.2.2017 in Kraft, welches unter anderem die Zielrichtung verfolgt, die lokale und regionale Daseinsvorsorge zu sichern sowie handlungsfähige Regionen für die Zukunft zu gewährleisten.

Darauf aufbauend soll bis 2020 ein Landesentwicklungsprogramm (LEP) erstellt werden. Das Landesentwicklungsprogramm soll den strategischen Rahmen für die Entwicklung von Oberösterreich für die nächsten Jahre und Jahrzehnte vorgeben, wobei insbesondere raumrelevante Aspekte im Fokus stehen werden.

Ein erster Schritt ist die Etablierung von Kooperationsräumen in Oberösterreich. Innerhalb eines Kooperationsraumes sollen Gemeinden künftig näher zusammenrücken, um sowohl Synergien in der Daseinsversorgung für ihre Bürgerinnen und Bürger aber auch in der Verwaltung besser nutzen zu können und so für künftige Herausforderungen gerüstet zu sein.

Aufgrund einer fachlichen Bewertung anhand objektiver Kriterien und der bisherigen gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit wird vorgeschlagen, dass die Gemeinde Großraming dem Kooperationsraum Ennstal zugeordnet wird.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, diesen Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen.

GR Mag. Hemma Hammann meint, dass vom Land die Voraussetzungen geschaffen werden sollten, dass beispielsweise eine Klärschlammpresse in Kooperation mit anderen Gemeinden angeschafft werden kann.

GV Bernhard Maier ist auch der Meinung, dass ganz klare Rahmenbedingungen und Vorgaben gemacht werden müssen, weil über Kooperationen schon lange diskutiert wurde, es bisher aber kaum nennenswerte Ergebnisse gibt.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme

TOP 10) Nachtragsvoranschlag 2018, Prüfbericht

Der Bürgermeister berichtet, dass der vom Gemeinderat in der Sitzung am 27. September 2018 beschlossene Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2018 von der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land geprüft wurde. Er verliest den Prüfungsbericht vom 3. Dezember 2018, BHSEGem-2017-425123/120-LHU, vollinhaltlich. Der Bericht wird mit kurzen Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

TOP 11) Schließung Bahnhaltestelle Kraftwerk Großraming

Der Bürgermeister berichtet, dass von der ÖBB Infrastruktur AG mit E-Mail vom 14.11.2018 mitgeteilt wurde, dass die Bahnhaltestelle „Großraming Kraftwerk“ mit 9. Dezember 2018 eingestellt wird. Vom Tourismusverband Nationalparkregion Ennstal, Vorsitzender Georg Blasl und Geschäftsstellenleiterin Mag. Sandra Kraushofer ist ein Schreiben bzw. eine Resolution zur Erhaltung der Haltestelle eingelangt und an die ÖBB, Land OÖ u.A. versendet worden. Argumentiert wird damit, dass die Haltestelle von Einheimischen, Touristen, Schul- und Jugendgruppen, Besucherinnen und Besuchern des Besucherzentrums Ennstal genutzt wird und gerade für das Besucherzentrum von großer Bedeutung ist.

Er verliest die Resolution vollinhaltlich und stellt den Antrag, diese zu beschließen.

GV Mag. Christian Zickbauer ersucht, die Resolution auch an den Verkehrslandesrat zu übermitteln.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: Einstimmige Annahme

Die Resolution bildet einen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 12) **Grundstück Lehnertsiedlung, Zustimmung und Verzicht auf das Wiederkaufsrecht**

Der Bürgermeister berichtet, dass das Grundstück Nr. 729/41, EZ 516, KG Hintstein, in der Lehnertsiedlung von den Eigentümern Bachmayr an Marlene Garstenauer und Roland Binder verkauft wurde. Die Gemeinde soll dem Verkauf zustimmen und auf das grundbücherlich sichergestellte Wiederkaufsrecht verzichten. Das Wiederkaufsrecht für die Gemeinde wird von den neuen Eigentümern übernommen. Er verliest die Zustimmungserklärung samt Anerkennungserklärung und stellt den Antrag, diese zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: Einstimmige Annahme

Die Zustimmungs- und Anerkennungserklärungen bilden einen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 13) **Allfälliges**

A) Der Bürgermeister lädt zur Vollversammlung der FF Großraming am 6. Jänner 2019, um 16 Uhr im Gasthof Ahrer, Kirchenwirt, ganz herzlich ein. Die Segnung des neuen Rüstlöschfahrzeuges ist für 5.5.2019, anlässlich der Florianimesse, geplant.

B) GV Bernhard Maier stellt die Frage zum aktuellen Stand hinsichtlich Gemeindefstraße Garstenau. GR Harald Ahrer gibt dazu bekannt, dass eine Vereinbarung – wie im Straßenausschuss besprochen – vorbereitet wurde. Er hat nächste Woche einen Termin mit den Grundstückseigentümerinnen und wird dann darüber informieren.

C) GR Günter Ebmer fragt, warum die GR-Protokolle von der Homepage der Gemeinde entfernt wurden. Er hat recherchiert, dass manche Gemeinden die Protokolle schon veröffentlichten.

Al. Riegler gibt bekannt, dass es eine Rechtsauskunft des OÖ. Gemeindebundes gibt, in der mitgeteilt wurde, dass derzeit nach der Datenschutzgrundverordnung die Protokolle nicht veröffentlicht werden dürfen. Es gibt jedoch eine Novelle zur Gemeindeordnung, die im Jänner 2019 in Kraft tritt. Damit soll wieder eine Möglichkeit zur Veröffentlichung geschaffen werden.

Der Bürgermeister schlägt vor, das Thema in der Bürgermeisterkonferenz zu besprechen.

D) GR Mag. Hemma Hammann berichtet, dass der Lebenshilfe-Wohnhausbau zügig voranschreitet und die Eröffnung voraussichtlich Ende Mai/Anfang Juni 2019 stattfindet. Es wäre wünschenswert, dass die derzeit gemietete Wohnung im Lawog-Haus in eine teilbetreute Wohnung umgebaut wird. Sie ersucht in dieser Angelegenheit um Unterstützung.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Lawog zu ersuchen, die Wohnung so umzubauen, dass sie für ein „teilbetreutes Wohnen“ passt.

E) Vzbgm. Leopold Ahrer, GV Helmut Elsigan, und GV Mag. Christian Zickbauer bedanken sich für die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat, Gemeindevorstand und in den Ausschüssen, sowie bei den Bediensteten der Gemeinde. Sie sprechen Weihnachts- und Neujahrswünsche aus.

F) Der Bürgermeister schließt sich den Wünschen und Danksagungen an und lädt zur Weihnachtsfeier in das Gasthaus Stangl ein.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Zur Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2018 wurden keine Einwendungen vorgebracht. Diese gilt somit als genehmigt.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr.

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

Sitzungsgeld: